

Telegramm
Majolika
der römischen
Kes Spezial-
o hannes
In einem
halb Jahr die
christlicher

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortliches Redaktion
Fritz Wenzel
Druck u. Verlag: Auer-Brude
u. Verlags-Gesellschaft m.b.H.
Aus. Telegramm - Postamt
Tageblatt Auerbergberg
Postanschrift - Auerberg 12

Durch unsere Seiten frei ins Aus monatlich 4.00 Mf. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.00 Mf.
abholbar 1. Mf., monatlich 3.50 Mf. Erhältlich täglich in den Nachmittagszügen mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.
Unsere Zeitungsausleger und Ausgebenstellen, sowie alle Postanstalten und Dienststätten nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebenseitige Zeitung oder deren Raum für Anzeigen aus Aus und dem Bezirk Schwarzenberg
70 Pf., zwölfseitige Anzeigen 80 Pf., Ketteneinzelzeitung für Aus und den Bezirk Schwarzenberg 60 Pf., sonst 100 Pf. Bei
größeren Abdrücken entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. für Zeitung im Tag zum Zustand
nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder handschriftlich nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 147

Dienstag, den 29. Juni 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

In der Montagssitzung des Reichstages gab Reichskanzler Fehrenbach eine lange Erklärung über das Regierungsprogramm ab, worauf die Aussprache der Parteien begann.

Wie gestern im Verteilerrat des Reichstages mitgeteilt wurde, werden an den Verhandlungen in Spa voraussichtlich der Reichskanzler, der Minister des Neuen und der Reichsfinanzminister teilnehmen.

Am 30. Juni nachmittag 3 Uhr tritt der vorläufige Reichswirtschaftsrat im Gebäude des früheren preußischen Herrenhauses zu seiner ersten Tagung zusammen.

Polen hat den Entwurf eines Staatsvertrages mit Danzig der Regierung dieses Freistaates überreicht, der unerhörte Forderungen enthält und eine völlige Knebelung Danzigs unter polnischen Terror bedeuten würde.

Wie die Pariser Blätter melden, tritt die Konferenz in Brüssel am Freitag, den 2. Juli zusammen. Lloyd George und Millerand treffen am Donnerstag dort ein.

In Irland hat sich aus allen Klassen der Bevölkerung ein Versöhnungsausschuss gebildet, der bestrebt sein wird, den Feindseligkeiten ein Ende zu bereiten.

Der Angriff der Bolschewisten gegen Polen.

Seit etwa vier Wochen verläufen die Moskauer Funkspiele, der bolschewistische Angriff gegen Polen werde neu losbrechen. Nun ist die große Offensive der Russen Tatsache geworden, doch man glaubt nicht an den Erfolg. Moskau behauptet, die dritte polnische Armee sei außer Gefecht gesetzt und die sechste polnische Armee befände sich im Rückzug. Die Warschauer Regierung dagegen kennt, daß bei alles nicht wahr. Es hätten zwar heftige Kämpfe stattgefunden und diese seien besonders am Mittwoch gut verlaufen. Die Niederlage in der Gegend von Kielce sei nicht so schwer, daß man von einem polnischen Zusammenbruch reden könne. Was ist nun richtig? Wären die Telegraphenberichte nicht so furchtbar verzerrt, wären nicht die Kriegsmäuler immer noch zwischen den Völkern aufgerichtet, so hätte man schon längst Klarheit über die Lage in Polen. Trotz der Bemühlungen scheint die polnische Regierung die wirkliche Gefahr zu kennen. Aus Warschau kommende Berichte erzählen, daß dort durch Maueranschläge die letzten Reserven der kriegsdienlichen Unteroffiziere und Mannschaften zur Einsicht aufgefordert werden. Den Grundstock des polnischen Heeres bilden ja immer noch Freiwilligenformationen, ausgestützt mit - gestohlenen - deutschen Gewehren, Geschützen, Maschinengewehren, Flugzeugen und Uniformen. Was haben die Herren Polen nicht alles im Polenschen erbeutet! Seit ungefähr einem Jahr wird die polnische Armee durch Zwangsauhebung verstärkt und nach deutschem Muster von ehemaligen russischen und österreichischen Offizieren ausgebildet. Der chronische Krieg trotz aller Friedensverträge! Trotzdem ist das ganze polnische Volk, wie versichert wird, des Kampfes heralich müde, und zumal die Partei des neuen Ministerpräsidenten Grabski, die Nationaldemokratie, offen für eine Verständigung mit Polen eintritt. Daraus ergibt sich der Rückschluß auf die weitere Entwicklung des polnisch-russischen Feldzuges von selbst. Man wird rasch Frieden machen.

Es fragt sich nur, ob Polen, das als Damm gegen Russland verlegt nun etwa zur Brücke des Bolschewismus wird? Die englische und französische Presse verdächtigt ja immer wieder Deutschland der heimlichen Bundesgenossenschaft mit dem Bolschewismus, und das kommt ja auch die militärische Unterstützung Polens durch die Entente im Kampfe gegen Russland. In der Hoffnung auf die polnische Widerstandsfähigkeit oder gar Immunität gewährte man den Polen eine politische Vorzugsstellung, die sonst durch ihre innere Kreditsicherheit wohl nicht gerechtfertigt wäre. Über steht sich da die Entente nicht auf einen Stab, in dessen Holzton der Wurm sitzt? Die politischen und organisatorischen Träger der bolschewistischen Bewegung in Polen sind die Kommunisten. Ihre Partei ist durch die Verschmelzung zweier Parteien, der S. D. P. P. L. der Sozial-Demokratie Krolestwa Polskiego i Litwy, aus der auch Rosa Luxemburg hervorgegangen ist, und der linken P. B. S. entstanden. Ihr steht die schwere P. B. S. frakcja rewolucyjna als einzige sozialdemokratische Partei Polens gegenüber. Programmatisch sind die P. B. S. und die Kommunisten voneinander ebenso scharf geschieden wie die Mehrheitssozialisten und die Kommunisten in Deutschland. Immerhin hat aber das Programm der P. B. S. auf dem letzten Parteitag in Krakau, auf dem sich die drei Parteien in Galizien, Kongresspolen und Polen orientatorisch zu einer Einheit zusammengeschlossen haben, eine gewisse Nahtstelle

erfahren. Die P. B. S. will zwar nach wie vor die sozialistische Regierung auf den Sejm, die Nationalversammlung, stützen, sie verlangt aber doch auch, daß die Arbeiterräte tätigten und manchmal auch führenden Anteil an der Umgestaltung und Liquidierung der kapitalistischen Gesellschaft nehmen. Die Entwicklungsmöglichkeiten des sozialistischen Bolschewismus sollen also nicht übersehen werden. Die Hauptmasse der polnischen Bevölkerung bildet, wie im ganzen Gebiet des ehemaligen russischen Reiches, die sehr benachteiligten Bauern. Sie haben mit ihren russischen Klassengenossen den Hunger nach Ackerland und den Hass gegen die Gutsherren gemeinsam. Während aber der russische Bauer seinen Boden hunger schon während der Februar-Revolution

festillt hat und von diesem Augenblick an radikalen Strömungen, die seinen Besitz bedrohen, feindlich gegenübersieht, sind die Wünsche der polnischen Bauern noch nicht bestrebt worden. Er möchte die Bodenfrage über Nacht gelöst sehen und hat daher kein Vertrauen zu der gemäßigten Regierung. Das macht ihn der bolschewistischen Agitation äußerst zugänglich, und man darf die Bauern im Augenblick in ihrer Mehrzahl für bolschewistisch halten. Die Gefahr, daß, wenn die polnische Armee zusammenbricht, der Bolschewismus in Polen seinen Einzug hält, steht vor der Tür. Was gedenken die Alliierten dann zu tun, um ihren deutschen Friedensschuldner vor weiterer Ansteckung zu bewahren?

Das Programm der Regierung Fehrenbach.

Beginn der Aussprache über die Regierungserklärung.

Auf der Tagesordnung der Montagssitzung des Reichstages stand die Entgegennahme der Regierungserklärung.

Reichskanzler Fehrenbach

führte aus. Das Programm der neuen Regierung, das ich Ihnen unterbreite, ist entsprechend unserer Verfassung das Ergebnis einer langjährigen Beratung des ganzen Kabinetts. Erfreulicherweise ist dabei eine ländliche Übereinkunft sämtlicher Kabinettsmitglieder zutage getreten. Die Konferenz in Spa steht unmittelbar bevor; sie gibt mir Anlaß, zunächst ein Wort zu sagen über

unsere militärische Politik.

Alle unsere Beziehungen zum Ausland stehen unter dem Reichen des Friedensvertrages von Versailles. Die Lasten, die er dem deutschen Volke auferlegt, sind unermesslich groß und in ihrer vollen Schwere kaum erkannt. Nachdem aber Deutschland den Vertrag angenommen hat, kann es für die Reichsregierung, solange sich die bisher feindlichen Staaten nicht zu Änderungen verstehen, keine andere Richtlinie in der inneren wie in der äußeren Politik geben als das Streben, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, soweit das möglich ist, besonders in der Herabsetzung der Heeresstärke und in sonstigen Abrüstungsmaßnahmen und in der Wiedergutmachung. In dieser Hinsicht hat die parteipolitische Zusammensetzung der Reichsregierung auf ihre Stellungnahme keinen Einfluß. Wenn Verbündete und Unverbündliche diesseits und jenseits der Grenzen die deutschen Leistungen systematisch herabsehen, so wird es Aufgabe der neuen Regierung sein, urkundlich darzulegen, was wir bereits geleistet, abgetreten und hergegeben haben.

Wenn trotzdem nicht alle Vertragsbestimmungen nach dem Wortlaut durchgeführt worden sind, so liegt das nicht im bösen Willen Deutschlands, sondern in den Verhältnissen, die stärker sind als sein guter Wille. (Sehr richtig!) Zu diesen Missständen gehört in erster Linie das tiefe Misstrauen, das bei unseren Gegnern immer noch gegen Deutschland herrscht. (Sehr gut!) Wir werden es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, der verhängnisvollen Wechselwirkung, die zwischen dem Misstrauen der Gegner und dem Misstrauen der Erfüllung der Friedensbedingungen besteht, ein Ende zu machen, indem wir alle unsere fröhren Gegner davon überzeugen, daß im deutschen Volke machtpolitische Träume oder Neuanhänger umsonst Boden finden, je einsichtiger man ihnen entgegentritt, und daß jeder gute Deutsche jetzt nur das Lobungswort kennt, das, was der Krieg zerstörte, in ruhiger und friedlicher Arbeit wieder aufzubauen. Wir sehen einen Fortschritt darin, daß die schwierigen und manigfältigen Probleme des gemeinsamen Wiederaufbaues zwischen den Beteiligten nun endlich besprochen werden, sollen und können dieser Besprechung aus leicht begreiflichen Gründen nicht vorgreifen.

In unseren inneren Politik

ist unsere vornehmste Sorge der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes: diesen auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig weiterzuführen, ist der einheitliche und feste Wille der Regierung. (Wetzell.) Alle Parteien fordern wir auf, verfassungsrechtliche Kämpfe zurückzutreten zu lassen. Wir stehen auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen und lehnen daher jeden Versuch der Aufrichtung einer Klasse Herrschaft oder die Bewilligung von Vorrechten an eine Klasse ab. (Unruhe bei den Unabhängigen, Wetzell rechts.) Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung und des Ausgleiches auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Massenhaß, jede soziale und religiöse Vergewaltigung. Was uns jetzt vor allem notrt, ist Ruhe und Ordnung in unserem Staatsleben. Die Regierung appelliert deshalb an das gesamte deutsche Volk, gleichgültig, welcher Parteipräsidium, führen wir den schrecklichen Krieg nicht fort im Innern, nachdem er an den Grenzen des Reiches ausgebrochen ist. (Gurk bei den Unabhängigen: Sagen Sie das vor Rechten!) Dem Appell an die Gewalt muß und wird die Regierung unparteiisch nach allen Seiten tatkräftig entgegen treten und jeden Betrieb einer gewalttamen Umwidlung, woher er auch

kommt, niederkämpfen. Auf den Grundmauern der Verfassung von Weimar soll der Aufbau des inneren Staatslebens weitergeführt werden. Die Regierung wird sich dabei von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß

den Bürgern

im Rahmen des Reichsrechts Freiheit der Entwicklung gewahrt und geschaffen werden soll. (Wetzell) Eine Neuerung der Zentralisation werden wir uns wünschen. Die Reichsregierung und das deutsche Volk gegen die feste, unerschütterliche Auveracht, daß bei den bevorstehenden Abstimmungen über das zukünftige Schicksal von Teilen Ost- und Westpreußens und von Oberschlesien die durch Jahrhunderte bewährte deutsche Gesinnung der Bevölkerung den Sieg unserer rechten Sache verbürgt. (Lebhafter allgemeiner Beifall.) In ähnlicher Sinne gedenken wir der Bevölkerung von Cuxhaven und Malmedy.

Die Durchführung der Neuorganisation der Reichswehr wird dazu führen, die bedauerlicherweise entstandene Kluft zwischen Volk und Heer zu überbrücken. (Zustimmung rechts, Gurk links: Gott mit der Reichswehr!) Handel und Verkehr, jedes Gewerbe und jede Arbeit sind durch die unausgesetzte Steigerung der Masse des Papiergeldes und die daraus sich ergebenden ökonomischen Kräfte auf ernsthafte gefährdet. Dieser Gefahr muß begegnet werden mit allen Mitteln, damit wir unser Volk vor dem Elend eines Zusammenbruches der Volkswirtschaft und der Staatswirtschaft bewahren, und darum muß die

Sanierung der Reichsfinanzen

mit allem Nachdruck gefördert werden. Wenn die neuerrichteten Einnahmequellen sich entsprechend der Schätzungen entwickeln, so werden an Steuern 24 Milliarden einkommen, darunter allerdings 3 Milliarden einmalige Steuern. Über trock dieser Steuermasse werden die Schulden wachsen in einem sehr bedeutenden Maße, denn stürzte Beträge sind auf Schulden zu nehmen infolge des Friedensvertrages, des Wiederaufbaus und der Zahlbeträgen der Verkehrsverwaltung. Wir sind also noch nicht zu Ende mit unserer Regierungsarbeit auf diesem Gebiete. Die Post rechnet mit einem Defizit von nahezu einer Milliarde, die Eisenbahnen mit mehr als 15 Milliarden. Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Weiterhin muß unsere Volkswirtschaft durch die Wiederherstellung unserer Gütererzeugung in der Steigerung unserer Gütererzeugung, die ständig wachsen und die unablässige mit allen Kräften gefördert werden müssen.

Nahere Ernährungslage

ist noch wie vor besorgt verregend. Für die Naherhaltung unserer Ernährung werden wir auf sehr große weitere Auflage von Lebensmitteln aus dem Auslande angewiesen sein. Wollen wir wirtschaftlich wieder gesunden, so genügt es nicht, das Volk auf die bisherigen dünnen Rationen weiter zu beschränken. Unter Beifall muss daher in der nächsten Zukunft die größtmögliche Steigerung der Lebensmittelimporte bilden. Bei dieser Gelegenheit muß ich mit tiefstem Dank der großherzigen Hilfe ausländischer Menschenfreunde danken, welche Hunderttausende schwacher deutscher Kinder speisen. Eine besondere Besserung unserer Versorgung darf besonders von der begonnenen

Stärkung der Baumwollwirtschaft

erwartet werden. Es kann aber nur ein planmäßiger Abbau in Frage kommen, welcher dem jeweiligen Stande der Produktion und der Versorgung Rechnung trägt. Über immer bleibt das Rückgrat unserer Ernährung unsere heimische Landwirtschaft. Die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktivität ist eine der ersten Voraussetzungen unseres Wiederaufbaus. Die Regierung wird alle sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, um die größtmögliche Förderung von Kohle und Kali zu sichern. Die im Interesse der Volksgemeinschaft erlassenen Gesetze über

Sozialisierung

insbesondere über Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, werden lohnend durchgeführt. Die Arbeiten der Sozialisierungskommission sollen fortgesetzt und von der Reichsregierung gefördert werden. Gute und Erfolgreiche Sozialisierung muß die Steigerung der Produktion sein. Die Regierung begrüßt es lebhaft, daß gleichzeitig mit dem neuen Reichstag der Staatswirtschaftsrat seine

Arbeit beginnt. In der Fortführung der Sozialreform hält die Regierung fest. Eine Unzufriedenheit des Reichsverfassungsgesetzes an die veränderten Verhältnisse wird erfolgen müssen. Die Regierung denkt dabei vor allem an den Aufbau neuer Lohnklassen und an eine neue Festsetzung der Beiträge, ent sprechend den höheren Leistungen der Invalidenversicherung. Eine Vorlage über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit liegt dem Reichsrat bereits vor. Im engsten Zusammenhang mit diesen Fragen steht die Frage der Fortdauerung des ländlichen Siedlungswesens und der Durchführung des Heimstättengesetzes. In Anlehnung an das große Reichsversorgungsgesetz für die Kriegsbeschädigten soll auch die Entschädigung derjenigen Personen geregt werden, die nicht durch ihren militärischen Beruf, wohl aber durch Kriegshandlungen einen körperlichen Schaden erlitten haben. Zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter befinden sich verschiedene Gesetze in Vorbereitung. Die Neuordnung der sozialen Sondergerichtsbarkeit ist in Vorbereitung.

Wir hoffen zufriedlich mit dem Ausbau der gesetzlichen Vertretung der Arbeiter eine neue wichtige Stütze zuzufügen auf dem Wege zum wirtschaftlichen und sozialen Frieden. Es ist der ehrliche und aufrichtige Wille der Regierung, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren (Vorfall). Wir sind eine sogenannte bürgerliche Regierung, aber nicht durch unseren Willen, das glaube ich ohne Widerspruch feststellen zu dürfen. Wir wollen sein

eine Regierung der Versöhnung.
des Ausgleiches der Gegenseite, des Aufruhrs der ganzen deutschen Nation zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen Vaterlandes. Rötiger als eine starke Faust scheint uns jetzt jede ehrlich dargebrachte Rechte zu sein, in die alle Wohlmeinenden einschlagen können. Das hat nur das Vertrauen der Flucht gegenüber Volk und Vaterland an diese Stelle geführt. Der Kanzler schloß: In einer Stunde der Not und folgenschweren Entschlüsse treten wir vor den deutschen Reichstag; gemeinsam wollen wir schaffen, Trennendes zurückzustellen und uns zusammenfinden im Gedanken des Opfers für das große Ganze,

auf daß Deutschland lebe!

(Lebhafte Beifall und Handklatschen.) Nach Erledigung der vorliegenden Interpellationen und Verneinung des Abstais an den Haushaltungsausschuss vertrat sich das Haus auf 3 Uhr nachmittag.

Die Debatte.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung um 3 Uhr weist das Haus bei weitem nicht mehr die Fülle des Vor- mittags auf, auch die Tribünen zeigen grobe Lücken.

Abg. Scheidemann (Sog.)

erklärt, die Erklärungen der Regierung ließen freilich mancherlei vermissen, was seine Partei gern gesehen hätte, aber im allgemeinen kann man mit dem Programm einverstanden sein. Das Kabinett werde seine Partei auf seiner Seite haben, wenn es dem heute gefestigten Programm der Arbeiterschaft gegenüber treu bleibe. Wenn jetzt zum ersten Male die Sozialdemokratie im Kabinett nicht vertreten sei, so sei das allein der Politik der Unabhängigen zu danken. Fortwährend von Abseitsruhen unterbrochen, hält Redner mit den Unabhängigen Abrechnung. Er warnt vor jedem Versuch der Herbeiführung gewaltiger Umwälzungen. Sodann wendet er sich an die Deutsche Volkspartei, die er davor warnt, den Dokumenten der äußeren Rechten zu folgen. Darauf entwickelt er das Programm seiner Partei.

Abg. Ledebour (Unabh.)

erklärt, seine Partei habe den Eintritt in die Regierung abgelehnt, weil die Wahl klar bewiesen habe, daß das Volk die Koalitionsparteien verurteilte. Redner kommt sodann auf die Kanzlerrede zu sprechen, aus der er leider nichts Greifbares habe entnehmen können. Das Proletariat werde seine Forderungen mit immer größerer Energie achtend machen und jedes Mittel wählen, das es seinem Ziele näher bringt. In Spa werde der Reichskanzler jedenfalls den Versuch

machen, eine Widerlung der Friedensbedingungen durchzusetzen. Eines der besten Unterstützungsmitte ist hierzu die Aufhebung des siebenen Heeres sein. Um Schluß seiner Rede trat Ledebour für den Friedensschluß mit Rußland und Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland ein.

Abg. Dr. Gengt (Bündnis.)

bespricht die Presseduizierungen der Koalitionsparteien, die den Ausfall der Wahlen als eine Dummheit der Wähler hingestellt hätten. Solange ich Vorsitzender der deutsch-nationalen Volkspartei bin, wird sie auf dem Boden der Verfassung stehen. Die Staatsbildung sei ein Verlegenheitsprodukt, und zwar auf bürgerlicher Grundlage, aber mit einer starken Neigung nach links. Wir werden uns abwartend verhalten, aber uns nicht binden. Die Hauptache bleibt die Konferenz in Spa, deren Programm leider noch nicht bestimmt sei.

Der Minister des Auswärtigen Simons

legt dar, daß die französische Note am 25. Juni eingegangen und von ihm am 28. bei seinem Amtsantritt vorgefunden sei. Die aus der Bildung des Kabinetts und dem Entwurf des Programmes entstandenen Arbeiten hätten die Veröffentlichung verzögert, die am Dienstag früh erfolgen werde. — Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr: Interpellationen und Fortsetzung der Beratung.

Alle politischen Meldungen.

Präsidentenwahl nicht vor November. Nach Meldungen aus der mehrheitssozialistischen Fraktion vom Montag wird die vom Reichspräsidenten gewünschte Neuwahl des Präsidenten durch das Volk nicht vor dem endgültigen Ergebnis der Abstimmungen in den östlichen Landesteilen, also jedenfalls vor November dieses Jahres stattfinden.

Der neue Arbeitsminister. Wie bestimmt verlautet, hat der Zentrumabgeordnete Dr. Brauns nunmehr die Berufung zum Reichsarbeitsminister angenommen, und seine Ernennung ist erfolgt. (Abg. Heinrich Brauns, Dr. der Staatswissenschaften, wurde geboren am 3. Januar 1868 zu Köln, studierte Theologie und promovierte 1905. Von 1890 bis 1895 war er Kaplan in Arefeld, von 1895 bis 1900 Vikar in Borbeck bei Essen a. M., seit 1900 ist er Direktor an der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M. Gladbach.)

Die Brotversorgung gefährdet. Nach in Berlin einlaufenden Meldungen aus dem Reiche ist die Brotversorgung ernstlich gefährdet. Die Stadt Harburg gibt bekannt, daß die Reichsgetreideanstalt ihr telegraphisch mitteilte, daß sie kein Mehl für die nächste Woche ausgeben könne. Auch aus dem westfälischen Industriegebiet werden gleiche Schwierigkeiten in der Brotversorgung gemeldet.

Die Gewerkschaften für Aufhebung des Steuerabzugs. Die Gewerkschaften haben der Reichsregierung eine dringliche Vorstellung unterbreitet nach vorläufiger Feststellung des zehnprozentigen Lohnabzuges für Steuerzwecke. Die Eingabe der Gewerkschaften weist auf die Wahrscheinlichkeit neuer großer wirtschaftlicher Kämpfe hin, falls der zehnprozentige Abzug am 1. Juli durchgeführt werden sollte.

Fürs Wiederaufbaugebiet. Havas meldet: Der französische Minister hat für die nicht zustande gekommenen Arbeitertransporte in das Wiederaufbaugebiet belgische und italienische Arbeiter angeworben. Die Gesamtkosten zu Laken Deutschlands belaufen sich auf 2 Milliarden Franken.

Die Auflösung der Sicherheitswehr undurchführbar. Im preußischen Ministerium des Innern haben gestern früh Verhandlungen begonnen über die von der Entente geforderte Auflösung der Sicherheitswehr. Die Förderung der Entente in ihrer harten Form wurde als undurchführbar bezeichnet, da die Mannschaften der Sicherheitswehr mit zum Teil langjährigen Kündigungsfristen angeworben worden seien.

Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen. Die Kommission zur Wiederaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen ist am Sonnabend früh nach Paris abgereist. Die Kommission nimmt den offiziellen Auftrag Deutschlands mit nach Paris um Aufhebung sämtlicher ehemaligen Beschränkungen und Wiedereinführung des freien Handelsverkehrs zwischen Deutschland und Frankreich.

Der neue bayerische Landtag steht nunmehr in seiner Zusammensetzung fest. Er besteht aus 65 Reg. Volksvertretern, 25 Sozialdemokraten, 20 Unabhängigen, 12 SP.-Parteien, 12 Demokraten, 12 Bauernbündlern, 2 Kommunisten. Die bürgerlichen Parteien haben insgesamt 2 Mandate die Zweidrittelmehrheit gegenüber den 47 Sitzen der drei sozialistischen Gruppen.

Ein Südwürttembergischer Großstaat. Wie verlautet, haben die Verhandlungen zwischen Württemberg und Baden wegen der Vereinigung beider Länder noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. In Baden steht man einer solchen Vereinigung ablehnend gegenüber. Von württembergischer Seite wird nun auch eine Einbeziehung von Hohenzollern, Hessen und der bayerischen Pfalz erstrebt und damit die Gründung eines südwürttembergischen Großstaates.

Die Einverleibung Nordschlesiens in Dänemark. Der dänische Landtag hat ebenso wie das Folketing das Gesetz über die Einverleibung Nordschlesiens in Dänemark einstimmig angenommen. Es wird in Kraft treten, sobald die formelle Übertragung der Souveränität über die erste Zone an Dänemark durch die Entente stattgefunden hat.

Haussuchungen bei den Kommunistenführern. Bei kommunistischen Führern in Berlin und aus dem Reich haben Haussuchungen stattgefunden. Es wurden Aufrufe und Druckschriften beschlagnahmt, die in Verbindung mit den zurzeit über das ganze Reich verbreiteten Lebensmittelkrawallen stehen.

Erf. national, dann international! Havas meldet: Die französischen Gewerkschaften haben sich für die Wiederaufnahme direkter Beziehungen zu den deutschen Gewerkschaften ausgesprochen mit dem Vorbehalt, daß die deutschen Gewerkschaften für die Erfüllung des Verträller Vertrages und die Wiedergutmachung des Unrechts gegenüber Frankreich eintreten werden.

Die erste Einberufung des Völkerbundes. Nach einer Audienz-Hilfe aus Washington hätten die Alliierten von Wilson verlangt, er solle die erste Versammlung des Völkerbundes einberufen. In offiziellen Kreisen Washingtons werde jedoch erklärt, daß die Einladung nicht sofort erfolgen werde, da man noch nicht über Zeitpunkt und Ort der Tagung einig sei. Die einen wünschten eine Tagung in Genf, die anderen in Brüssel.

Dänische Markspekulationen. In gut unterrichteten dänischen Finanzkreisen ist man der Ansicht, daß sich die Konferenz in Spa mit der Festlegung eines Standardkurses für die deutsche Mark beschäftigen wird, der den jetzigen erheblich übertreffen soll. Aus diesem Grunde hat in Dänemark eine starke Nachfrage nach der Reichsmark eingesetzt, so daß schon für etwa 200 Millionen Mark zu Spekulationszwecken angekauft worden sind. Die Banken erklären, nicht mehr in der Lage zu sein, den vielen Kaufaufträgen Rechnung zu tragen.

Von Stadt und Land.

Am. 29. Juni 1920.

Aufstellung eines einmaligen Fernsprechbeitrages. Es sind Klagen darüber laut geworden, daß zahlreiche Fernsprechnehmer Schwierigkeiten haben, den einmaligen Beitrag zum Ausbau des Fernsprechnetzes (1000 Mr. für einen Hauptanschluß und 200 Mr. für jeden Nebenananschluß) aufzubringen. Die Schwierigkeiten lassen sich beheben. Dem Vernehmen nach schweben bereits beim Reichspostministerium Verhandlungen mit gemeinnützigen Unternehmungen, die bereit sind, das Geld auf Antrag zu einem möglichen Ueberzins von etwa 3 v. H. der Telegraphenverwaltung für die Teilnehmer zur Verfügung zu stellen. Sobald die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wird weiteres so gleich bekannt gegeben werden.

Verband der Ortskassenfassen im Freistaat Sachsen. Die Jahresversammlung des Verbandes der sächsischen Ortskassenfassen, die gegenwärtig in Zittau unter dem Vorsitz des Präsidenten der Volkskammer, Gräßdorf, Dresden, tagt, wurde Sonntag eingeleitet durch eine Begrüßung der Geschäftsführer der einzelnen Kassen. In dieser wurde u. a. beschlossen, von der auf der letzten Bandestagung beschlossenen Herausgabe eines Leitfadens über die Geschäfte und Kassenführung abzusehen. Dem Antrag auf Einführung von Prüfungen für die Kassenangestellten wurde zugestimmt. Hierauf fanden noch verschiedene Anfragen und Anträge ihre Erledigung. Am Nachmittag vereinigten sich die Delegierten zu einer Vorstellung für die Jahresversammlung. Wie die

gewesen, hier bei ihr hatte er gesessen, und es hatte ihr gefaßt, daß er sie liebt.

Sie öffnete das Fenster und stellte sich mit gefalteten Händen an das Kreuz. Lust überfiel sie, Gut und Mantel zu nehmen und hinauszutragen, ihres gewohnten Weg auf das freie Feld, und ihr überwolltes Herz in die Natur hinauszutragen, aber dann war das Zimmer leer, in dem er noch soeben gewesen! Sie ging auf den Tisch zu, strich lächelnd mit der Hand über die Stelle, wo seine Hand gelegen. Sie rückte die Rosen, das kleine altemodische Halzbein aus Bellchenholz, mit dem er gespielt hatte, und schließlich setzte sie sich in den Stuhl, in dem er gesessen, schmiegte ihre Wangen an die Lehne, wo Bartel Kammerfoog Urm gelegen, schloß die Augen und lann und redum.

Das Fenster stand offen. Wenn ein lebhafter Augustwind die Gardine wippend bewegte und an ihre Wangen läßte, vermutete sie einen Bruch des Himmels zu ber spüren, der sie in der Stunde ihres Glückes nicht allein lassen wollte. So lag sie lange; und erst als es spät geworden war, erhob sie sich, bedeckte den Tisch ab, streckte noch einmal jeden Gegenstand lächelnd, den Bartel Kammerfoog berührte hatte, und dann entkleidete sie sich langsam und sorgfältig, weil an einem solchen Tage auch die kleinste Verfälschung mit Staub und Unreinheit getan werden mußte, und mit dem festen Vorfall, nur dem Gedanken an ihn zurück zu geben, ging sie zu Bett.

Sie liebte es so sehr, zu träumen, und sie wußte so genau, daß dies der letzte Tag war; denn schon morgen mußte sie ihre Träume verläßen wie eine Schatz lästiges Sommerabgebl und mußte — handeln.

(Fortsetzung folgt.)

Eva Gröger.

Roman von Anna Riedel.

8. Fortsetzung.

Wie innig er sie liebt! Er hatte es sich nicht so schwer gedacht, sie zu erringen, sie stand ja so allein und einsam in der Welt und war viel anlehnungsbedürftiger als viele Frauen unserer Zeit. Er drang in sie, ihm doch alles zu sagen; das müsse ja mit wunderbaren Dingen zugehen, wenn es auf dieser Welt jemand geben sollte, der sie ihm streitig machen wolle. Wer denn einen Anspruch an sie habe?

Aber Frau Gröger hatte plötzlich alle Lust zu Bettenträumen verloren. Sie war wieder ganz ruhig, saß da mit im Schoß verschlungenen Händen und blieb traumverloren in das Licht.

Nein, heute abend nicht, dann sei sofort alles gerichtet, nur diese eine Stunde möge er ihr noch gönnen und morgen abend wiederkommen. Sie werde dann viel ruhiger und fester sein und ihm alles vernünftig erzählen. Und dann müßte er sie eben handeln lassen nach ihrem Herzen und Gewissen. Über eine kleine Weile möge er noch bei ihr sitzen, bis der Reiter auf voll stehe.

Nun sahen sie alle beide auf das Bitterblatt, auf dem der kleine Reiger mit lässiger Unmerklichkeit weiter schlief, das heißt, Herr Kammerfoog saß mehr auf Frau Gröger. Ihre Art machte ihm wirklich Sorge; diese Art, wie sie sich beim Vorrollen des Reigers enger und enger an ihn schmiegte, sagte ihm viel. Es wurde ihr bitter schwer, ihn zu lassen. Er legte den Urm immer fester um sie. „Es leicht gibt es nie mich Hindernisse“,

flüsterte er ihr ins Ohr. Sie wollte sagen: Das ist kein Hindernis. Ich selbst bin das Hindernis; und wärst du zehnmal stärker als du bist du fannst es nicht brechen. Über sie schwieg und genoß den Frieden der wenigen Minuten.

Da schlug die Uhr, Frau Gröger zuckte zusammen, aber dann machte sie sich logisch frei und stand auf. „Wollen Sie morgen wiederkommen?“

„Ja, ich komme. Leben Sie wohl.“

Er war froh und hoffnungsfreudig gekommen, jetzt lag wieder jener Ausdruck von Sorge auf seiner Stirn, der ihr in jener Nacht ins Herz geschnitten hatte. Und zugleich stieg ihr das Bewußtsein auf, daß sie nicht nur sich ein Leid antue, daß sie jetzt ja auch ihm einen Stich ins Herz versetze. Diese neue Regung machte sie stumm und bangen. Er stand so groß und stattlich vor ihr, sein Leben war frei und unabhängig, und stolz und unabhängig war sein Sinn. Eine förmliche Angst, er könnte etwas von dem Mitteldieb ahnen, das brennend in ihrer Brust für ihn emporstieg, packte sie. Sie zwang ein Lächeln auf ihr Gesicht; und erst als sie draußen im Borgdörfern seinen Schritt hörte, sank sie wie gesunken mit bitterlichem Weinen auf einen Stuhl.

Über schon noch einer Weile versiegten ihre Tränen. Sie überlegte: Was war denn eigentlich geschehen, daß ihr das Herz so schwer mache? Noch vor ein paar Stunden, als sie an Bartels Besuch dachte, war ihr Herz voll Freude gewesen. Was war jetzt trauriger als vorhin? Unter diesen Gedanken zog bald wieder eine große Glückseligkeit in ihr Herz. O, wie war sie doch froh, hier zu leben und zu weinen. Es war ja das Schönste und Herrlichste geschehen. Er war hier

Wieder in seiner
Vorstadt, 12. 1920.
Gebäude: 120
haben mit 120
in 47 Ecken

Besprechung der Geschäftsführer, so diente auch diese in der Hauptstelle inneren Verbandsangelegenheiten. So erfolgte die Wahl eines zweiten Vorsitzenden zur Jahresversammlung wie der Vortrag der Jahresrechnung. Gewählt wurde als zweiter Vorsitzender Stadtrat Junge, Zittau.

Was werden die Kartoffeln im nächsten Winter kosten? Aus kommunalen Kreisen schreibt man dem Neuen Politischen Tagesdienst: Die Kommunalverbände sollten bis zum 19. d. M. ihren Bedarf an Kartoffeln anmelden und sich verpflichten, im Herbst die Kartoffeln zum Preise von 30 M. pro Zentner abzugeben. Einschließlich der unvermeidlichen Kommunalbewirtschaftungsspesen und des Verlustes durch Fäulnis und Entzrochen können diese Kartoffeln in keiner Gemeinde unter 40 M. pro Zentner weitergeliefert werden. Nachdem nun der Eisenbahngüterverkehr wieder eingemessen in Gang gebracht ist, wird es im nächsten Herbst nach Abschluss des Friedensvertrages mit dem Deutschen Reich bestimmt, daß niemand irgendwelcher Stadtverwaltung Kartoffeln zum Preise von 40 M. abkaufen wird. Den Gemeinden, die durch die Lebensmittelbewirtschaftung bereits so außerordentlich große Verluste erlitten haben, kann unmöglich zugemutet werden, daß sie im nächsten Wirtschaftsjahr noch weitere, alles Bis- herige überschreitende Verluste der Kartoffelzwangswirtschaft erleiden.

Lebensmittel für Tiere am Mittwoch, den 30. Juni: Auf die Bezirkslebensmittelkarte, Abschnitt V 3, 250 Gramm Marmelade zum Preise von 1.85 Mark.

Die Zwangswirtschaft im Erste Jahr 1920/21. Die vom Deutschen Landwirtschaftsrat einberufenen landwirtschaftlichen Körperchaften aller Länder erläutern zur Frage der Zwangswirtschaft folgendes: 1. Die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse darf sich für das Erste Jahr 1920/21 nur noch auf Brotgetreide und Milch unter Vermeidung von Härtien für den Erzeuger erstrecken. Alle übrigen Erzeugnisse sind ganz frei zu geben. Die Vertretungen der Landwirtschaft sind aber bereit, die Beschaffung wichtiger Lebensmittel unter Ausschluß behördlicher Einwirkung durch Abschluß unmittelbarer Lieferungsverträge sicher zu stellen. 2. Sollte diesem Grundsatz nicht schleunigst Rechnung getragen werden, so müssen die landwirtschaftlichen Körperchaften jede Mitarbeit für die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes ablehnen. 3. Erste Voraussetzung für die Versicherung der Lebenshaltung des deutschen Volkes ist die Vermehrung landwirtschaftlicher Produktion. Diese kann nur wieder hochkommen, wenn dem Landwirte endlich volle Freiheit in seinem Betriebe gegeben wird.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

Stiftungsetat des Vereins Turnerschaft vom Jahre 1878. Der Verein Turnerschaft vom Jahre 1878 beginnt am vergangenen Sonnabend im Schützenhaus sein 42. Stiftungsetat. Der mit Eleganz geschmückte Saal bot einen festlichen Anblick. Ein reichhaltiges Programm, bestehend in turnerischen Darbietungen, Gesangsaufführungen der Sängerriege Atrion, Sitzvorträgen sowie Aufstüden der Chörfestvereinigung umrahmte die Feier. Im Verlaufe des Konzertes begrüßte der Vorsitzende Mag. Kloß die zahlreich erschienenen Ehrengäste und Turnfreunde, unter ihnen besonders sich Habicht, Ollendorf, Gauturnwart Hidenowitsch und Frauengauturnwart Lange. Der Vorsitzende dankte nochmals allen, die zur Errichtung des Ehrenmastes für die gefallenen Turnfreunde beigetragen hatten, aufs Herzlichste, insbesondere wurde dem Schöpfer des Males Turnwart Schwartz, sowie dem Turnfreund Dr. Schöniger in Anbetracht ihrer gesamten Tätigkeit für den Verein durch Ernennung zum Ehrenmitglied und überreichung einer Urkunde der Dank der Mitglieder entgegengebracht. Der Vorsitzende forderte alle Turnfreunde auf, weiter durch so rostloses Streben, wie bisher, den Verein auf der Höhe zu erhalten. Frauengauturnwart Lange und Gauturnwart Hidenowitsch wünschten in längeren Ausführungen dem Verein, der mit als erster im Gau zu rechnen ist, ferneres Wachsen und Gediehen. Ein Ball, bei dem echt turnerischer Geist vorherrschte, hielt die Mitglieder bis zur Mitternachtstunde zusammen.

Frankenberg, 28. Juni. Zur Hölz-Aufföre. Von verschiedenen Blättern wird gemeldet, daß die Verhandlungen der in Dresden in Haft befindlichen Hölz-Genossen im September beginnen sollen. Wie an zuständiger Stelle hierzu mitgeteilt wird, läßt sich jedoch ein bestimmter Zeitpunkt noch immer nicht festlegen, da bei der Dresdner Staatsanwaltschaft täglich noch sehr belastendes Material eingeht, daß an eine bestimmte Festsetzung des Prozesses noch nicht gedacht werden kann.

Dresden, 28. Juni. Die Gründung einer neuen Mittelstandsvereinigung ist in Dresden geplant. Der Landesausschuß des sächsischen Handwerks stellt hierzu mit, daß er jede Beteiligung an der neuen Vereinigung ablehnt und bedauert, daß der gewölbliche Mittelstand fortwährend durch Neugründungen beeinträchtigt wird. Das Handwerk habe eine völlig ausreichende Vertretung im Landesausschuß des sächsischen Handwerks, der dem Reichsverband des deutschen Handwerks angegliedert ist.

Bautzen, 28. Juni. Einer der ältesten Schulmänner Sachsen scheidet mit dem Bezirksschulinspektor im Baugener Schulaufsichtsbezirk, Oberjurat Bäck, am 1. Juli aus dem öffentlichen Schuldienste. Aus Anlaß seines Scheidens aus dem Amt haben die Bezirksschulhervereine Bautzen und Bischofswerda eine Hochstiftung in Höhe von 7265 M. errichtet, die ihm in gemeinsamer Abschiedsfeier überreicht wurde und deren Binsen armen Lehrerfamilien, beten Wohl sich der Scheidende jederzeit hat angelegen sein lassen, zugute kommen sollen.

Zittau, 28. Juni. Eine schwere wirtschaftliche Krise droht dem Oberlausitzer Bezirke durch die Stilllegung von Betrieben und die dadurch bedingte Su-nahme an Erwerbslosen. Hauptfächlich konzentriert sich die Arbeitslosigkeit auf die Textilindustrie Großschönau und Reichenau. Die Zahl der Erwerbslosen stieg von 868 am 18. Mai auf 1940 am 7. Juni, die an diese gesetzte Unterstützung in der gleichen Zeit von 47 400 M. auf 62 400 M. Der Bezirksschulrat hat beschlossen, nun mehr mit aller Strenge die Entlassung der öster-reichischen Arbeiter durchzuführen und überbiegs Notstandarbeiten in umfassendem Maße bereit zu stellen.

Gerichtsraum.

Der Wartetod des Leutnants Schröder. Das Raum-bürgergericht verhandelt gegenwärtig gegen 45 Personen wegen Landfriedensbruchs. U. a. war im März

v. d. J. der Leutnant Schröder vom Infanterieregiment 97 von einigen der Angeklagten zu Tode gemartert und bis zur Unkenntlichkeit verstimmt worden. Die Verhandlung entrollte ein derart trauriges Bild über die Rauheit eines Angeklagten, der eine Stunde lang den sterbenden Schröder mißhandelt hatte, daß der Verteidiger die Verteidigung während der Verhandlung niedergelegt und Untersuchung des Deltes zu stande seines Klienten beantragte.

Letzte Drahtnachrichten.

Die drei Ententenoten in der Entwaffnungsfrage.

Berlin, 29. Juni. In der ersten der drei dem Vorliegenden der deutschen Friedensdelegation in Paris übermittelten Noten über die Entwaffnung heißt es u. a.: Am 21. Juni, nach Ablauf von mindestens sechs Monaten seit Inkrafttreten des Friedensvertrages, sind die wichtigsten der Bestimmungen des Friedensvertrages über Landheer, Luftfahrt und Marine noch unausgeführt oder unvollständig ausgeführt. Die Alliierten haben nach erneuter Prüfung dieser Sachlage einstimmig beschlossen, die in dem von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen über die Entwaffnung in vollem Umfang aufrecht zu erhalten und deren schon allzulange verhängte vollständige Durchführung unverzüglich zu betreiben. In gleicher Weise erwarten die alliierten Regierungen, daß die deutsche Regierung ihnen keinen Antrag auf Wiedereinführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages mehr vorlegen wird, da solche Anträge nur abschlägig beschieden werden könnten. Die Antwort der alliierten Regierungen auf den Antrag der deutschen Regierung wegen Erhaltung eines Heeres von 200 000 Mann geht dahin, daß die militärischen Kräfte Deutschlands auf der durch den Friedensvertrag bestimmten Stärke von 100 000 Mann und in der durch diesen Vertrag vorgeesehenen Einschränkung zu belassen sind, daß die Sicherheitspolizei innerhalb von drei Monaten vollständig aufzulösen ist, und daß andererseits die Stärke der Polizei auf 150 000 Mann erhöht, somit um 70 000 Mann im Vergleich zu der Stärke von 1918, vermehrt wird. Des weiteren fordern die alliierten Regierungen die deutsche Regierung auf, daß diese Bestimmungen ohne weiteren Aufschub durchgeführt werden. Unterfalls würden sich die alliierten Regierungen gezwungen sehen, die geeigneten Mittel zu prüfen, um die vollständige Wiederaufstellung der Bestimmungen des Vertrages sicherzustellen.

Berlin, 29. Juni. Die zweite Note sagt in bezug auf die von der deutschen Regierung erbetene vorläufige Verlängerung, daß die alliierten Regierungen keine Veranlassung haben, einer erneuten Verlängerung der am 10. Juli ablaufenden Frist zu stimmen. Wenn die Mächte auch entschlossen sind, die Übersicht Deutschlands den Vertragsbestimmungen gemäß durchzuführen, so erkennen sie gern an, daß die normalen Polizeikräfte nach dem Stande von 1918 nicht allen Bedürfnissen genügen können. Die alliierten Regierungen sind bereit, eine Vermehrung der Polizeikräfte zu genehmigen, sie können aber unter keinem Vorwand zulassen, daß diese Vermehrung durch Beibehaltung der Sicherheitspolizei einer Polizeitruppe von ausgedrochen militärischer Art und Organisation stattfindet. Die Auflösung der Sicherheitspolizei muß binnen einer Frist von drei Monaten von der Absendung dieser Note ab beendet sein. Die Mächte geben ihre Zustimmung, daß die alte Ordnungspolizei bis auf 150 000 Mann vermehrt wird, jedoch unter der Bedingung, daß die Ordnungspolizei ihren Charakter als örtliche und Gemeindepolizei wahren müsse und von dem interalliierten Überwachungsausschuß festgesetzt werden wird. Untererseits wird ausdrücklich festgestellt, daß in dem Bestande von 150 000 Mann Ordnungspolizei die 10 000 Mann einbezogen sind, welche von dem interalliierten Überwachungsausschuß für Polizeiaufgabe in der neutralen Zone genehmigt worden sind. Die Vermehrung der Stärke der Ordnungspolizei wird derart erfolgen, daß in keinem Zeitpunkt die Stärke der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zusammen 150 000 Mann überschreiten darf. Untererseits haben die Mächte beschlossen, den Bestand der Gendarmerie von 12 000 auf 17 000 zu erhöhen. Die Alliierten werden während der drei Monate von der Absendung dieser Note an bis zur endgültigen Auflösung der Sicherheitspolizei es nicht zulassen, daß Soldaten der Reichswehr in die Sicherheitspolizei übernommen werden.

Berlin, 29. Juni. Die dritte Note besagt u. a.: Unter Bezugnahme auf Artikel 201 und 202 des Vertrages von Versailles hat die Konferenz entschieden, daß die Herstellung und Einfuhr von Luftfa-hrmaterial, wie sie in Artikel 201 des Vertrages von Versailles vorgesehen ist, innerhalb von drei Monaten, beginnend mit dem Augenblick an welchem diese Macht das gesammte Luftfahrtmaterial des Heeres und der Marine abgeliefert hat und den bis interalliierte Luftfahrtüberwachungskommission offiziell anzeigen wird, im gesamten Gebiet von Deutschland untersagt bleibt.

Die Berliner Presse über die erste Reichstagsdebatte.

Berlin, 29. Juni. Abgesessen von den Unabhängigen, herrschte bei allen Parteien Befriedigung über die erste Reichstagsdebatte vor. Kein Mißtrauen gegen die Regierung, sagt die *Vossische Zeitung*. Der Zentralrat erscheint es selbstverständlich, daß jetzt, da das Zentrum an die Spitze der Regierung treten mußte, seine Wissensschaft sich noch energischer in den Vordergrund drängte als es bisher schon geschehen konnte. Für die demokratische Partei glaubt das Tagblatt feststellen zu können, daß sie nur deswegen in das Kabinett eintreten konnte, weil sie auch nicht einen Deut von ihren Prinzipien zu opfern brauchte. Gleichzeitig charakterisiert das Blatt die jetzige deutsche Politik als eine solche zwischen den Schlachten, als eine Politik des Abwartens, welche schließlich alle Parteien eingehalten entschlossen

seien, erst einmal die Verhandlungen in Spa vorübergehen zu lassen und bis dahin alles Trennende zurückzustellen. Wie der Vorwärts schreibt, zeigte sich gestern das augenblickliche Gleichgewicht der Kräfte, auf welchem die neue Regierung balanziert, darin, daß sich Herr Herzog von rechts her ganz die gleiche Erklärung zu eigen mache, welche Herr Scheidemann von links her abgegeben hatte. Der erste Reichstag der deutschen Republik hat sich, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung urteilt, mit einer so demerkantwert rüdigen Sachlichkeit eingeführt, daß man es mit freudig begrüßen könnte, wenn diese ersten Tage ein bleibendes Kennzeichen auch für die kommenden Verhandlungen bilden würden.

Deutschlands Vertretung in Spa.

Berlin, 29. Juni. Das Tagblatt teilt mit, daß in der Begleitung des Ministers des Innern Simons der Direktor der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt Geheimrat von Simon nach Spa reisen werde. Beide Herren hätten den Friedensvertrag bis in seine letzten verborgenen Einzelheiten studiert. Insofern werde also Deutschland in Spa gut vertreten sein.

kleine Drahtnachrichten.

Berlin, 29. Juni. Verschiedene Blätter bringen Einzelheiten über polnische Ushabungen im westpreußischen Teilstück ohne Rücksicht auf Nationalität.

Berlin, 29. Juni. Der Vorwärts berichtet über gewaltige Demonstrationen der Arbeiterbevölkerung in Frankfurt a. M. zu Gunsten des Abbaus der Lebensmittelpreise.

London, 29. Juni. (Unterhaus). In Beantwortung einer Frage bezüglich der Weigerung Hollands, den vormaligen Kaiser auszuliefern, sagte Lloyd George: Die Auslieferung des vormaligen Kaisers ist weiteres Blutvergießen nicht wert.

Vermischtes.

Die Lebensmittelunruhen. In Cuxhaven ist eine Neuerkommission eingesetzt worden, die in Verbindung mit dem Magistrat eine Herauslegung der Preise vornimmt und verschiedene Geschäftsführer verpflichtet hat, eine Woche lang ihre Waren an die minderbemittelte Bevölkerung ohne Rücksicht zu verkaufen. Die radikale Eisenbahner in Halle a. S. haben beschlossen, am 10. Juli den Eisenbahnbetrieb stillzulegen, falls die Regierung bis dahin nicht die ausländischen Lebensmittel entsprechend den jüngsten Verhältnissen um 30 bis 50 Prozent im Preise herabsetzt.

Die Dämme werden nicht alle. Im Dorfe Niederkleen, im Kreis Wehlau, sprach dieser Tage ein forscher austretender Herr bei einigen Landwirten vor und gab an, er sei beauftragt, das Papiergefeld einzusammeln und abzustempeln, da falsches Geld im Umlauf sei. Ein Landwirt händigte ihm für 8000 M. Papiergefeld aus. Dasselbe Landwirt glaubte ihm noch bei einem anderen Landwirt, der dem Gauner 12 000 M. in Papier überließ. Beide beluden ein paar Tage darauf je einen Brief mit Papierstreifen. Die Hereingefallenen werden für den Spott nicht zu sorgen brauchen.

Strafe für Nichtwähler. Die vom Kreis Eisleben zugelassenen Rätschen sollen nach der Wählerliste an die Eiselebener abgegeben werden. Alle, die nicht gewählt haben, bekommen keine Rätschen.

Verhaftung einer vierköpfigen Falschmünzerbande. In Braunschweig wurde eine aus vier Personen bestehende Falschmünzerbande verhaftet. Sie hat für über 100 000 M. falsche Banknoten zu 50 M. (Ausgabe vom 30. November 1918) hergestellt. Die falschen Scheine wurden in Braunschweig und anderen Städten in Verkehr gebracht. Die Fälschungen sind infolge der großen Geschicklichkeit der Fälscher sehr gut gelungen.

Alter schlägt vor Torheit nicht. Eine nicht alltägliche Strafe für Nichtwähler wurde in Charlottenburg entdeckt. Dort fand man die 65jährige Greisin Frl. Schulz erhängt auf. Allem Anschein nach hatte sie auch noch Gift zu sich genommen. Sie war mit ihrem Sonntagskästchen bekleidet und hatte ihr Sparbuch neben sich gelegt. Auf einem Zettel gab sie an, daß sie sich das Leben nehme, weil ihr Geliebter, der Wissensempfänger Schröder, sie nicht habe heiraten wollen. Schröder, der im 70. Lebensjahr steht, war insofern mit Frl. Sch. bekannt, als er ihr häufig kleinere Lebensmittelkäufe besorgte.

In einem Jahr fünftägiger Kindersegen. Eine selten Klappertorteschicht wird aus Berlin berichtet. Weißer Udebar besuchte dort eine Familie K. zum zweiten Male binnen 12 Monaten und brachte beim zweiten Besuch sein sehr seltenes Fäll gleich vierlinge mit. Es wird wohl nicht oft dagewesen sein, daß eine Familie binnen Jahresfrist einen Zuwachs von fünf Kindern erlebt!

Ein Järlinniger am Grabe. Eine unangenehme Entdeckung machten Frauen auf dem Heidelberg-Friedhof. Sie fanden an einem offenen Grabe einen jungen Mann, der den Sarg erbrochen hatte und die Gebeine des Verstorbenen am Grabrand sortierte. Er erklärte den Frauen, daß er keine Fleischmarken habe und sich daher sein Fleisch selbst beschaffen müsse. Der Friedhofswärter veranlaßte die Verhaftung des Järlinnigen der aus Stuttgart gebürtig ist, und der das Gräbchen seines eigenen vor zehn Jahren verstorbener Großvaters geöffnet hatte.

Alfred Dreyfus f. Wie einem Berliner Abendblatt aus Wien gemeldet wird, ist Alfred Dreyfus gestorben. Mit Alfred Dreyfus ist eine derjenigen Persönlichkeiten Frankreichs dahingegangen, die im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts eine große politische Rolle in Paris spielten. Hauptmann Dreyfus, der im Jahre 1858 in Molsheim geboren wurde, stand 1864 vor einem französischen Kriegsgericht unter des Anklage des Hochverrates und wurde hauptsächlich auf Grund der Aussagen des Hauptmanns Esterhazy zu lebenslanger Verbannung auf die Insel Mainau gesentzen. Ein Wiederaufnahmen des Verfahrens brachte ihm eine zehnjährige Zuchthausstrafe ein, aber es stellte sich bald heraus, daß der Hauptbeschuldige vor Gericht die Unwahrheit beschworen hatte. Oberst Henry, neben Esterhazy derjenige, der Dreyfus am schwersten angeklagt hatte, nahm sich in der Unterredungssitzung das Leben und

Es stimmte ergriff die Flucht. Mittlerweile hatte Sola seine bekannt gewordene Antifaschistische Fassade (Ich klage an) in der von Clemensau geleiteten Zeitung Aurora veröffentlicht und die geheimen Zusammenhänge der gesamten Dreyfus-Affäre enthüllt. Sola wurde durch seine Streitschrift ein berühmter Mann und Dreyfus wieder in seine vollen Ehrenrechte, auch als Offizier, eingeführt. Sein Buch: Fünf Jahre meines Lebens, in dem er die Unschuld seiner Gesangskraft in dramatischer Weise hervorhebt, erregte ungeheures Aufsehen. Einer der Söhne Dreyfus' wurde während des Krieges französischer General.

Garderobe austauschen. Die Innsbrucker Nachrichten berichten: Der in Aue stationierte Garderobenwachtmajor beschlagnahmte dem Bauern Jöbel von Judenstein ein Kalb, das dieser im Schleichhandel verpaschen wollte. Aus Rache

dafür hat Jöbel in der darauffolgenden Nacht dem Garderobenwachtmajor alle Hennen abgestochen und missenommen. Von diesem zur Rede gestellt, erklärte Jöbel: Du hast mir mein Kalb weggenommen, ich dehne Hennen, wir sind quitt. Unter der bürgerlichen Bevölkerung hat diese Tat prohen Welsch gefunden. Der Jöbelbauer wird überall als der Held des Tages gefeiert. Die Strafanstaltshandlung wird allerdings dieses Heldenamt bedeutend abschwächen.

Der Worbubus von Serajevo als serbischer Nationalheld. Die lieberste Prinzessin, das Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand von Österreich und seiner Gattin, der Herzogin von Hohenberg, werden von Theresienstadt in Böhmen, wo er im Gefängnis gestorben ist, nach Jugoslawien überführt. Am 1. Juli werden die jetzt in Prag weilenden jugoslawischen Sokols den Sarg in feierlichem

Zug von Theresienstadt nach Prag und von dort nach Jugoslawien geleitet, wo er in einem Ehrengrab beigesetzt werden soll.

Aue. Pferdefleischverkauf

Mittwoch, 30. Juni, vorm. 7-10-11 Uhr bei Rohmöldner-Brause. Gültig sind die Karten Nr. 5851-6150. Auf Abschnitt K entfällt je ein Viertelpfund. Die vorstehenden Seiten sind genau einzuhalten, da eine spätere Belieferung ausgeschlossen ist.

Aue, den 29. Juni 1920. Der Rat der Stadt.

Gine Brunnen-Trinkkur zu Hause. Die außerordentliche Wichtigkeit einer Trinkkur zu Hause mit Haushaltstrinkbrunnen behandelt eine Extra-Sektorie in der heutigen Nummer des Auer Tageblatts, die vor der Bezahlung der Post empfohlen. Aus dem Großpost sind auch die Geschäfte in Aue ersichtlich, in denen der Haushaltstrinkbrunnen käuflich ist.

Transport- und Reisegepäck-Versicherungen
gegen alle Gefahren
übernimmt
Speditionshaus Dietel, Aue, Erzg.
Fernsprecher 30.

Consumverein Aue i. Erzg.

e. G. m. b. H.

Wegen vorzunehmender Inventur bleiben
Mittwoch, den 30. Juni 1920, alle Verkaufsstellen
sowie das Konto geschlossen.

Die Abgabe der Marken und Mitgliedsbücher erfolgt Montag und
Dienstag, den 5. und 6. Juli, in den Verkaufsstellen. Kleine Marken
sind vorher umzutauschen, da nur Umtauschcheine zur Eintragung gelangen.

Der Vorstand.

B.D.H. Kreisverein Aue
Einladung
zu der am Mittwoch, den 30. Juni
ab 18 Uhr
im Hotel „Burg Wettin“ stattfindenden
Monatsversammlung

Der wichtigsten Tagesordnung wegen, werden
die Mitglieder dringend um ihr Erscheinen gebeten
Der Vertretermann.

Arbeiter! Angestellte!
Am Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr
im Wirtsgarten - Saale

Protest-Versammlung
gegen den 10-prozentigen Steuerabzug.
Rödner: Sie merkt, Chemnitz, Freie Ansprache,
Hilf zum Vorsitzen! Eröffnet in Wessau!
R. P. D. (Spartakusbund) Ortsgruppe Aue.

Gesellschaft Erholung
Hauptversammlung
im Kaffee Temper,

Montag, den 3. Juli 1920, abends 8 Uhr.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahlen.
4. An- und Abmeldungen. 5. Beschlusssatzung
über etwaige Anträge. 6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

„Schützenhaus“ Aue.
Mittwoch, den 30. Juni

Garten-Konzert

Leitung: Herr Kapellmeister Drechsel.

Anfang 7 Uhr. Eintritt 1.50 Mk.

Nach dem Konzert ein Tänzchen.

Bei ungünstiger Witterung findet d. Konzert im Saale statt.

Schlößchen „Taußermühle“.
Mittwoch, den 30. Juni, von 7 Uhr ab
Lustkonzert mit Tänzchen.
Hierzu lädt freundlich ein Mag. Wohlmann.

Große Mengen weichverzinkte

Eisendrähte
in lg. Ad., 0,9 bis 6 mm Durchmesser,
alle Stärken ab Lager vorrätig lieferbar.

Drahtseilwerk E. F. Ebert, bugau i. Erzgeb.
Telefon 6.

MAX EBERT
AUE
STEMPEL
Spezial-Geschäft
Gravieranstalt

Haararbeiten

1. her Art fertigen von einfacher
bis feinfiner Ausführung
Stern & Gauger
Köpfe- u. Perlenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48 im Wettinplatz

Inventur halber
sind meine Geschäftsräume am 30. Juni
geschlossen.

A. Schlesinger,
Stückereifabrik, Oberschlema.

Abholgerate
sehr breite, schöne

Tischlerware

und frische Stundhälzer
angeboten zu
bill. Tagespreisen

Sägewerke Schmaljub
Schneeburg. Tel. 12.

Rästen, Dattelniten,
Holzwolle, Hobelbleie,
geb. Rästen,
alle Preise etwas
teurer. D. Obige.

Abholgerate sofort
greifbar:

25.000 kg Abholstoff

10.000 " Terpentinöllob

10.000 " Zithophone

10.000 " Zintweib

Offeraten unter A. 11.162 an

Kla. - Haasenstein & Vogler,

Chemnitz.

Eine gebrauchte
Häuschenmaschine

verkauft

D. Richter, Elterlein.

+Gummiwaren

Mutterprüfen, Frauentröpfen,

feste Frauennätket

Unterlagen usw. Dicht. Verband.

W. Hensinger,

Dresden 106, am See 87.

Datum-Stempel

zur Entwertung der
Steuermarken.

Schilder aller Art, speziell Maschinen-,
Zinkguß-Schilder,
Siegelmarken, Klischees,
Typendruckereien, Plakatdruckereien,
Petschafte, Schablonen.

Max Ebert, Gravieranstalt Aue i. Sa.,
Ernst-Papststraße. Fernruf 219.

Bitte als Vertreter an:

700 Ztnr. Kunsthonig

in 1-Pfund-Paketen.

Margarine (Tafel) das Pfund
Schmalz, Cocosfett, Schokolade, Marmelade,
Hülsenfrüchte, Frisch- und Räucher-Fische, Fisch-
konserven, Brühwürstchen in Dosen u. v. mehr.

Ewald Schädlich, Aue,
Bockauer Straße 4.

Zum Wochenmarkt

empfehle ich eine Ladung Salat, Gurken, neue Kar-
tofeln, fl. Einlegelitschen, Blumenkohl, neue
Zetterlinge, neue geräucherte Heringe, alles billig.

V. Melzer.

Prima Hasenflocken
(hülsenfrei) das Pfund Markt 2,30,
bei 10 Pf. 2,20.

Richard Geilhus, Ziegelstraße 3.

Matthes

Morgen Mittwoch
blaufrischen Schell-
hühn und Rotzunge

bei **Paul Matthes**, Fischhandlung.

Fernsprecher 272.

Junger strebsamer
Maschinenbauer

sucht Stellung.

Derselbe kann auch Stellung
als Schreiber oder anderen
Worten bekleiden.

Angbote unter A. 1.4792 an

das Auer Tageblatt erbeten.

Eine noch guterhaltene
Reformkinderbettfelle

zu kaufen gesucht.

Angbote unter A. 1.4793 an

das Auer Tageblatt erbeten.

Tonreine Geige

preiswert zu verkaufen.

Zu erft. im Auer Tagebl.

Jung. Kaufmann

sucht sofort eventl. bis 15. 7.

Eine noch guterhaltene
möbl. Zimmer

zu kaufen gesucht.

Angbote unter A. 1.4794 an

das Auer Tageblatt erbeten.

Perser Teppiche

Oelgemälde

erster Münchener Meister

sollen umständlicher sofort nur gegen Bar verkauft werden.

Angebote unter „M. N. B. 2535“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Drucksachen aller Art

liefern schnell und in bester Ausführung

Buchdruckerei Auer Tageblatt.

Wir haben sofort aus Lagervorrat lieferbar, zu billigen Tagespreisen, abzugeben:

Ca. 8 to. 1 X dec. Tiefziehbleche, 500/1000/2 mm

" 900 to. 2X dec. do. 530/760/0,50 mm

große Quantitäten 1a, faltengeglühte Eisenbleche

Nr. 20, 21, 22, 23, erstklassige Werkware,

ca. 3 to. vergl. Falzbleche Nr. 21,

" 10 " " " 22,

" 2 " " " 23,

" 5 " Glashäfen, 36/6,

" 5 " " 40/8,

" 5 " " 40/10,

" 2 " " 40/12,

" 6 " " 52/10,

" 15 " " 54/14,

" 2 " Rundseifen, 13 mm,

" 8 " Quadratseifen, 12 mm,

" 4 " Bandseifen, 22/1 fach,

ferner einen großen Posten schönes Auschuhleisen

und sehr schöne Auschuhbleche Nr. 21, 22, 23.

Offeraten erbeten an die Exped. dieses Blattes

unter A. 2 4740.

Keine Wanne mehr. Kammerjäger Berg's
„Nicodaa“ Erfolg verblüffend. — Restlos Verfüllung.
Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpackungen.
Verkauf: Wettin-Drogerie Hermann Helmrich.
Bitte ausdrücklich nur Nicodaa zu verlangen.

Varum ist er so schnell
gekommen?

Erdal ist wieder eingetroffen!

Schuhputz

Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun

Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Dieter, n. 1.4794

oder 1.4795